

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 29. Juni 2011

§ 158 Polizeibericht 2011

(Berichte Regierungsrat, 5.4.2011; Kommission Recht, Sicherheit und Justiz, 9.6.2011)

Eintreten

Fridolin Hunold, Glarus, Kommissionspräsident, beantragt namens der einstimmigen Kommission Eintreten und Zustimmung zum Kommissionsantrag. – Die Entwicklung der Computer- und Handytechnologie wirkt sich auch auf die Polizeiarbeit aus; es gibt kaum mehr Hausdurchsuchungen, ohne Auswertungen von Computer und Handy. Das ist nur eines – nicht das wichtigste, aber vielleicht das anschaulichste – von unzähligen Beispielen, welche die massiven Veränderungen der Polizeiarbeit belegen. Sie ist umfangreicher, schwieriger, belastender geworden und das unbequeme Setzen von Prioritäten führte zu Einbussen bezüglich Umfang und Qualität der Polizeiarbeit. Während alle anderen Kantone den Personalbestand erhöhten, wie eine vom Redner gezeigte Grafik klar erkennen lässt, blieb jener der Kantonspolizei Glarus unverändert. – Der Polizeibericht weist eine Aufstockung um neun Stellen als notwendig aus. Der Regierungsrat fordert aber nur drei. Die Kommission erachtet die Erhöhung um nur 4 Prozent als ungenügend, beantragt aber aus Rücksicht auf die Finanzen auch nicht neun, sondern als Kompromiss sechs Stellen. So sollen die im Polizeibericht aufgezeigten Massnahmen, z.B. verstärkte Präventionsarbeit, spürbar wirksam werden können.

F. Hunold dankt den aus dem Departement Verantwortlichen, dem Polizeikommandanten und den Kommissionsmitgliedern für die sehr gute Zusammenarbeit.

Peter Rufibach, Riedern, als Ersatzmitglied der Kommission engagiert, stellt sich im Namen der BDP-Landratsfraktion hinter den Kommissionsantrag. – Die Präsenz der Polizei muss insbesondere an neuralgischen Stellen sichtbar höher werden. Immer häufiger fehlt wegen interkantonaler Polizeieinsätze das Personal im Kanton. Auch wenn Glarus noch kein Partykanton ist, so steigt doch die Tendenz dazu, was vermehrter Anwesenheit uniformierter Polizei ruft. Rund-um-die-Uhr-Präsenz wird aber weder möglich noch nötig sein, und es darf kein Polizeistaat entstehen. – Bezüglich Stellenbegehren sind alle Departemente ähnlich zu behandeln. Es kann nicht sein und wäre unseriös, dass eines neun Stellen beantragt aber nur drei erhält. – Der Landrat verfügt über keine operative Kompetenz. Trotzdem sei an den Kommandanten die Forderung gestellt, die zusätzlichen uniformierten Polizeiangehörigen mit den richtigen Prioritäten einzusetzen.

Hans Rudolf Forrer, Luchsingen, Kommissionsmitglied, bittet namens der SP-Landratsfraktion den Polizeibericht in positivem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und der Kommission

zuzustimmen. – Alle kennen Polizisten und von allen hört man von der Überlastung in dieser wichtigen Abteilung unseres Staates: Burnouts, Motivationsprobleme wegen permanenter Überlastung, Ferienunterbrüche wegen dringendem Aushelfen, Zwölf-Stunden-Schichten in der Einsatzzentrale, Abbau von Dienstleistungen, indem z.B. geprüft wird, Gemeinden bei Einbürgerungen nicht mehr zu unterstützen. Persönlich stösst sich der Redner daran, dass seine Schüler ein Jahr auf die Korrekturen des Verkehrstests warten mussten, weil der hervorragende Arbeit leistende zuständige Polizist es nicht schaffte, sie auszuführen; H.R. Forrer wäre bereit dabei mitzuhelfen. Als einstiger Gemeindepräsident erinnert er an die Forderung der einstigen Gemeindepräsidentenkonferenz, bezüglich Sicherheit, insbesondere im Hauptort, weitergehende Massnahmen zu treffen. – Die Fraktion hörte gerne, welchen Bereichen die neuen Stellen zugeordnet werden wollen; für sie ist klar: Entlastung des Personals, nicht zu reinen Repressionszwecken, innerhalb des Kantons und nicht zusätzlich beim WEF in Davos, an Fussballspielen in St. Gallen oder anderen Konkordatseinsätzen. – Die Erhöhung des Personalbestandes ist der Rat Mitarbeitenden und Mitbürgern schuldig.

Peter Rothlin, Oberurnen, Kommissionsmitglied, schliesst sich namens der SVP-Landratsfraktion dem Kommissionsantrag an. – Es ist alles Notwendige zu unternehmen, um die öffentliche Sicherheit und das Funktionieren der Kantonspolizei zu gewährleisten. Der Kanton hat den öffentlichen Raum zu schützen. Die öffentliche Sicherheit zählt zu seinen Kernaufgaben. Strassen, Plätze und Bahnhöfe müssen sicher sein. Kommt der Eindruck auf, dies sei nicht mehr der Fall, sinkt die Zivilcourage, und es wird weggeschaut, wenn Vandalismus, Randalie, Gewalt passieren. Soweit darf es nicht kommen. Die uniformierte Polizei muss mehr präsent sein, und nur die substantielle Erhöhung um sechs Stellen ermöglicht rechtzeitiges Eingreifen der Polizei. – In den vergangenen Jahren taten alle Beteiligten für die öffentliche Sicherheit zu wenig. Der Korpsbestand der Kantonspolizei blieb tief. Der Polizeibericht zeigt, welchen neuen Anforderungen gerecht zu werden ist und dafür eigentlich neun Stellen nötig wären. Bei der Polizei darf nicht weiter gespart werden. Es bezahlte sonst nicht mehr allein das Korps einen hohen Preis für die Sparübungen sondern auch die Bevölkerung.

Franz Landolt, Näfels, beantragt, gemäss Regierungsantrag den Stellenetat um drei Stellen zu erhöhen. – Bedarf für eine massvolle Erhöhung des Personalbestandes und grössere Aufgabenvielfalt ist unbestreitbar. Die Forderung nach mehr Polizeistellen und -präsenz ist populär. Die Angst schürenden Medienberichte steigern nicht nur Auflagen und Einschaltquoten sondern lassen Wähleranteile gewinnen. Die Statistiken im Bericht belegen aber weder bezüglich Kriminalität noch Unfällen Steigerungen. Es besteht diesbezüglich kein Handlungsbedarf; Glarus ist und bleibt eine ruhige Gegend. Jede Organisation neigt dazu, mehr Personal zu fordern, strebt nach Ausdehnung, Wachstum. Dem entgegenzuwirken braucht Kraft, ist aber nötig, auch um Vorwürfen zu begegnen, es werde am falschen Ort gespart. Die letzte grosse, schmerzhaft Sparrunde, welche den Personalbestand der Kantonspolizei auf 68 plafonierte, beweist es. Aufgabe ist es, die Finanzen im Lot zu behalten, denn es braucht keine hellseherische Gabe, um zu erkennen, dass eine nächste Sparrunde nötig sein wird. Kanton und Gemeinden werden mit weniger Mitteln mehr zu bewältigen haben, was Steuererhöhungen rufen wird, ausser es werde rechtzeitig Mass gehalten.

Siegfried Noser, Oberurnen, Kommissionsmitglied, widerspricht und äussert sich zu Gunsten des Kommissionsantrages. – Wegen der Personenfreizügigkeit leben bei uns Menschen aus allen Herrenländern, zu denen noch viele Asylbewerber hinzu kommen. Gewalt- und Straftaten nahmen in den vergangenen Jahren massiv zu. Deswegen sind sechs statt drei weitere Polizeibeamte anzustellen. – Laut Bericht verzeichnete die Kantonspolizei bei der Kriminalitätsbekämpfung ausgezeichnete Erfolge. Trotzdem ist mehr Polizeipräsenz nötig, z.B. rund um den Bahnhof Glarus, wo Angehörige aller Altersklassen herumlungern und verunsichernd wirken. Auch das Aufräumen der grossen Unordnung im Volksgarten kostet viel Geld. Für die Personenkontrollen braucht es mehr Polizisten, um zu verhindern, dass sich einige aus dem Staub machen können, die eigentlich in Gewahrsam genommen gehörten.

Marco Hodel, Glarus, Kommissionsmitglied, unterstützt den Kommissionsantrag. – Der Polizeibericht belegt den Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass einzig der Kanton Glarus innert den letzten zwanzig Jahren den Korpsbestand der Polizei nicht erhöhte, obschon das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung stieg, die Ermittlungen bei der Wirtschaftskriminalität aufwändiger wurden, neue Deliktformen (Internet) hinzukamen, Gewalt und schwere Delikte markant zunahmen, der Bedarf für Prävention und Verkehrsunterricht wuchs. – Die Polizeiangehörigen müssen vielfach bis über die Belastungsgrenze hinaus arbeiten. Tage mit zwölf und mehr Stunden im Einsatz sind keine Seltenheit. Dies darf nicht zum Dauerzustand werden. Vorgeschriebene Arbeiten mangels personeller Ressourcen einfach nicht mehr zu erfüllen, wirkte sich verheerend aus. Für die Erfüllung der Kernaufgabe „öffentliche Sicherheit“ hat der Staat die benötigten Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Aus finanziellen Gründen darauf zu verzichten, widerspräche der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung.

Christian Marti, Glarus, befürwortet namens der FDP-Landratsfraktion Eintreten. – Er bedankt sich für den ausführlichen und informativen Bericht, der eine gute Grundlage für den Dialog Kanton/Gemeinden betreffend Aufrechterhaltung und Verbesserung der öffentlichen Sicherheit gibt. Wie viele Mehrstellen auch bewilligt werden mögen: Sie müssen auf der Strasse spür- und wahrnehmbar sein. Der zusätzliche finanzielle Aufwand darf nicht irgendwo verpuffen, sondern hat die Sicherheitsbedürfnisse zu berücksichtigen. Zudem sind Präventionsmassnahmen zu prüfen und umzusetzen. Die Landratsmitglieder müssen sich als politisch Verantwortliche bewusst sein, dass zwar sehr viele Erwartungen und Hoffnungen mit der Personalerhöhung verbunden sind, damit aber nicht alle Probleme gelöst, alle negativen Entwicklungen aus der Welt geräumt werden können. Dies ist der Bevölkerung deutlich zu machen. – Als Gemeindepräsident versichert der Redner, die Gemeinden seien gerne bereit, mit dem zuständigen Departement die über die blosserhöhung des Personalbestandes herausführenden Themen zu bearbeiten.

Andy Kreis, Glarus, spricht sich für die Grüne Fraktion zu Gunsten des keinesfalls populistischen Kommissionsantrages aus. – Neckisch bemerkt er, vielleicht hülf der Halbstundentakt gegen das Herumlungern bei den Bahnhöfen. – Als Jurist, Lehrer und Erziehungsberechtigter geht es ihm vor allem um den Vollzug des Rechts. Bleibt Fehlverhalten folgenlos, werden Regeln, Ge- und Verbote nicht ernst genommen, nicht befolgt; das gilt ebenfalls für den ruhenden Verkehr, die Kontrolle der Blauen Zonen, dem Parkieren bei Kreuzungen. – Der Politik steht es hingegen nicht zu, Druck auf das Korps und den Kommandanten auszuüben und Vorgaben für den Einsatz zu machen. Es ist darauf zu vertrauen, dass die weiteren Polizisten sinnvoll am richtigen Ort eingesetzt werden.

Benjamin Mühlemann, Mollis, kann den Kommissionsantrag mit Blick auf den Staatshaushalt nur mit ungutem Gefühl unterstützen. – Die Kriminalität nahm nicht zu. Gestiegen sind die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung und die subjektive Wahrnehmung veränderte sich negativ. Dem Vorredner ist daher zu entgegnen, dass es sehr wohl Aufgabe des Landrates ist, Vorgaben zu machen. – Der nächste Polizeibericht hat von einem klar besseren Sicherheitsgefühl der Bevölkerung Kenntnis zu geben. Der Landesstatthalter soll seinem Polizeikorps mit auf den Weg geben: Die neuen Leute gehören an die Front, die verstärkte Polizeipräsenz muss spürbar sein und zwar nicht nur bei Parkbussen.

Fridolin Hunold ersucht um Ablehnung des Antrages Landolt. – Es geht nicht nur um Popularität, sondern darum zu erkennen, dass die Polizisten und Polizistinnen mit dem Erfüllen der vorgegebenen Aufgaben an der Grenze ihrer Belastbarkeit sind. Unbefriedigend ist für sie, aufgrund des Personalmangels Erwartungen nicht erfüllen, Straftaten nur schriftlich erfassen statt durch Ermittlung erledigen zu können. Das Umfeld hat sich sehr wohl verändert, wie die in allen anderen Kantonen erhöhten Stellenetats beweisen. Der blosser Vergleich der Fallzahlen bei der Kriminalität sagt nicht alles aus; es stiegen die aufwändigen Fälle deutlich. Die Delikte gegen Leib und Leben sind so hoch wie noch nie, und die Wirtschafts- sowie die Internetkriminalität nahmen ebenfalls zu. Die sich auf die Finanzen beschränkenden Gegenargumente überzeugen nicht. Umso mehr als jährlich 90'000 Franken für ausserkantonale

Einsätze und für das Erfüllen von Aufgaben für den Bundesnachrichtendienst in die Staatskasse fliessen. – Es handelt sich nicht um eine Ausdehnung sondern um das Aufholen von während zwanzig Jahren Vernachlässigtem.

Landesstatthalter *Andrea Bettiga* dankt der Kommission unter ihrem Präsidenten für die lösungsorientierte Arbeit. – Als er vor drei Jahren das Departement übernahm, wurde er mit der Forderung nach mehr Polizistenstellen konfrontiert, begründet vor allem mit: seit zwanzig Jahren unveränderter Bestand bei steigenden Anforderungen; vielfältiger, anspruchsvoller gewordene Aufgaben; grösserer Dienstleistungsanspruch der Bevölkerung. Die Lösungssuche geschah anhand der Prüfung von drei Schwerpunkten: Optimieren Prozesse und Ressourcen; Situationsanalyse; Vergleich mit den anderen Kantonen, wozu die gleichzeitige Untersuchung der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren zusammen mit den Polizeikommandanten betreffend Personalbestand und Entwicklungen hilfreich war. Diese ergab übrigens einen gesamtschweizerischen Bedarf von rund 1500 uniformierten Polizeiangehörigen und sagte bis 2020 wegen der Bevölkerungszunahme einen Bedarf von weiteren 700 Stellen voraus. – Der erste glarnerische Polizeibericht stellt eine profunde Analyse der Stärken und Schwächen dar, für welche den Verfassenden Dank gebührt. Seine wichtigste Schlussfolgerung ist: Der Personalbestand der Kantonspolizei ist zu gering, optimal wären neun zusätzliche Stellen.

Der Regierungsrat schlug zwar mit Blick auf die finanzielle Lage lediglich drei Stellen vor, schliesst sich nun aber dem Kommissionsvorschlag auf sechs Stellen an. A. Bettiga ist für die zusätzlichen Stellen ebenso dankbar wie für das Wissen, dass der Landrat bereit ist, in den Bereich Sicherheit als Bestandteil von Lebensqualität und Standortvorteil zu investieren. – Zu hoffen bleibt, der Landrat erweise sich bei notwendigen, aber weniger im Blickfeld der Öffentlichkeit stehenden Stellenbegehren ebenfalls grosszügig.

Detailberatung

Auf Anfrage des *Vorsitzenden* hält *Franz Landolt* seinen Antrag aufrecht.

Abstimmung: Der Antrag Landolt ist abgelehnt; der Kommissionsantrag ist angenommen. – Der Stellenetat der Kantonspolizei liegt bei 77 (inkl. drei vom Bund finanzierten) Stellen.